



KAPER BRIEF

Piratenzeitung zu Berlin



Berlin ist reif für mehr Demokratie.

HALLO

NICHT-WÄHLER!

Piraten stellen sich in Berlin erstmals zur Wahl

Nach dem überraschend guten Abschneiden der Piratenpartei Deutschland zur Bundestagswahl 2009, als sie in Berlin mehr als 58.000 Stimmen erhielt, tritt die Partei als neue Alternative bei den Berliner Wahlen an. In den letzten Monaten und Wochen wurden hierfür gute Voraussetzungen geschaffen, obwohl wir als bettelarme Mitgliederpartei nicht mit den Materialschlachten der anderen Parteien im Wahlkampf mithalten können. Ausschließlich freiwillige und ehrenamtliche Frauen und Männer sammelten Unterstützer-Unterschriften, spendeten für inzwischen sechs Ausgaben des Kaperbriefs, wählten mehr als 120 Kandidaten, druckten 12.000 Wahlplakate und verabschiedeten ein fundiertes Wahlprogramm.

Die Hürden für eine neue Partei, überhaupt zur Wahl zugelassen werden, sind hoch. Desto eindrucksvoller ist es, dass in dem kurzen zur Verfügung stehenden Zeitraum rund 8000 Unterschriften gesammelt werden konnten von Berlinerinnen und Berlinern, denen es wünschenswert ist, dass unsere Partei auf dem Wahlzettel steht. Das Ergebnis verkündete die Landeswahlleiterin: Für die Wahl zum Abgeordnetenhaus stellen die Piraten eine Landesliste mit 16 Kandidaten sowie 41 Direktkandidaten, bei den Wahlen in allen 12 Bezirken stellen sie jeweils eine Bezirksliste.

In dieser Ausgabe des Kaperbriefs stellen wir einige Schwerpunkte des Wahlprogramms vor und erläutern, wie wir uns eine zukunftsorientierte Politik in Berlin vorstellen. Am 18. September 2011 haben die Wähler das Wort.

Kaperbrief
Piratenzeitung zu Berlin
ISSN 2191-3056
www.kaperbrief.org

Wahlprogramm

Ein Überblick zu den Themen für Berlin

Seiten 2-3

Datenschutz

Persönlichkeitsrechte und deren Grenzen

Seite 4-5

Freifunk

Piraten öffnen ihre WLANs für alle Bürger

Seite 6



**PIRATEN
PARTEI**

Berlin ist reif für eine neue Politik

Überblick Unser Wahlprogramm für Berlin – kurzgefasst

Demokratie

Wir werden ein demokratischeres Wahlrecht einführen, dass keine Stimme vergisst und für mehr Mitbestimmung bei der Zusammensetzung von Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlungen durch Kumulieren und Panaschieren sorgt. Ersatzstimmen sorgen dafür, dass Stimmen nicht verfallen. Wir werden die Prozenzhürden bei den Wahlen zu Bezirksverordnetenversammlungen abschaffen und bei der Abgeordnetenhauswahl auf 3% senken, außerdem wollen wir das Wahlrecht für Ausländer im Kommunalen auch auf Nicht-EU-Bürger ausweiten und die Altersgrenze im Wahlrecht abschaffen. Wir werden den Bezirken mehr Entscheidungsgewalt geben, damit unterschiedliche Lösungen für politische Probleme ausprobiert werden können. Ein elektronisches Petitionswesen wird eingeführt, wie auch neue Demokratieplattformen im Internet, die eine Alternative zu den bestehenden Volks- und Bürgerbegehren, die wir stärken wollen, darstellen.

Transparenz

Wir sehen Transparenz als Pflicht des Landes Berlin an. Wir werden Regelungen zur Antragsstellung abschaffen, Zugangsbeschränkungen minimieren und Gebühren für Auskünfte abschaffen. Wir wollen, dass jeder Schritt bei Ausschreibungen, Vertragsverhandlungen und Vertragsabschlüssen offengelegt wird. Jeder Vertrag wird erst wirksam, wenn er komplett offengelegt ist, bei alten Verträgen muss dies nachverhandelt werden. Sämtliche Dokumente

Andreas Baum
Berliner Kandidaten Foto: Ben de Biel



„Berlin braucht Transparenz in Politik und Verwaltung.“

zu Sitzungen von Gremien, Ausschüssen usw. werden wir unmittelbar und nachvollziehbar veröffentlichen, online und offline. Die Öffentlichkeit soll in Zukunft nur noch im Ausnahmefall von Sitzungen ausgeschlossen werden, alle Sitzungen werden live übertragen und aufgezeichnet. Jeder Abgeordnete soll seine Kontakte zu Lobbyorganisationen, Vereinen und Verbänden offenlegen. Wir werden Transparenz leben. Alle Daten und Werke, deren Erschaffung durch Steuergeld finanziert wird, werden wir offenlegen und jedem Bürger zugänglich machen. Über jedes neue Projekt muss das Land frühzeitig informieren, um echte Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Das Pressegesetz wird so geändert, dass Whistleblower keine Angst mehr vor staatlichen Übergriffen haben müssen.

Netze

Wir werden den Aufbau eines berlinweiten Freifunknetzes fördern, durch die Bereitstellung von Infrastruktur und Flächen und eine Abschaffung der Betreiberhaftung bei öffentlich WLAN-Netzen. Außerdem wollen wir jeden Berliner und die Gäste der Stadt darin schulen dieses Netz zu nutzen.

Bildung

Auch beim Lernen setzen wir auf die Freiheit und Selbstbestimmung des Individuums. Alle Lernenden sollen die Möglichkeit haben, ihre Schullaufbahn individuell zu planen und zu absolvieren. Bildungseinrichtungen wollen wir demokratisieren. Zukünftig soll für jeweils 15 Lernende eine Lehrkraft zur Verfügung stehen. Wir werden den Einsatz von Filtersoftware in öffentlichen Bildungseinrichtungen beenden und für einen freien Zugang zu Informationen im Internet sorgen. Wir werden dafür sorgen, dass Lernenden ermöglicht wird, mit digitalen Medien zu arbeiten, dazu müssen alle Beteiligten darin geschult werden. Außerdem werden wir ein kostenloses Mittagessen einführen. Wir werden Schulen in freier Trägerschaft die selben Förderungsmöglichkeiten wie staatlichen Schulen geben und den Unterricht in Deutsch als Zweitsprache ausbauen und verbessern. Wir werden die Regelstudienzeit abschaffen, um ein freies und kritisches Studium zu ermöglichen. Langfristig wollen wir einen Runden Tisch als öffentliches Forum für alle Beteiligten an der Hochschulbildung einführen. Wir werden ein Bibliotheksgesetz in Berlin realisieren.

Susanne Graf
Berliner Kandidaten Foto: Ben de Biel



„Schulen sollen vielfältiger, demokratischer und inklusiver gestaltet werden.“

Stadtentwicklung

Wir werden uns für die bunte Vielfalt unsere Kieze einsetzen und Förderrichtlinien des Landes so ändern, dass nicht länger die Förderung von Privateigentum priorisiert wird. Wir werden die Mieterrechte gegenüber Eigentümerinteressen stärken und die Hausbesetzerkultur stärken. Wir werden die „Berliner Linie der Vernunft“ verwerfen und Freiflächen in der Stadt und an Spree, Havel und an Seen erhalten, ein Beispiel hierfür ist für uns der Mauerpark.

Verkehr & ÖPNV

Wir werden die strafrechtliche Verfolgung von Schwarzfahrern abschaffen und mittelfristig einen fahrscheinlosen und gemeinschaftlich finanzierten ÖPNV einführen. Wir werden die Verträge zur S-Bahn Berlin offenlegen und eine Klärung zu den Vorkommnissen in den letzten Wintern forcieren. Langfristig setzen wir uns für eine Kommunalisierung der S-Bahn, kurzfristig für die Kommunalisierung der Infrastruktur der S-Bahn ein. Wir lehnen den Ausbau der A100 im Innenstadtbereich ab. Wir wollen die bereits bewilligten Bundesmittel für den Erhalt der Bundesstraßen in der Stadt einsetzen. Außerdem wollen wir die Mitbestimmung bei Verkehrsprojekten stärken.

Bürgerrechte & Innenpolitik

Wir werden eine individuelle Kennzeichnung von Polizisten ausweiten und eine unabhängige Beschwerdestelle für Polizeübergriffe einführen.

ren. Wir werden das Versammlungsgesetz so ändern, dass die Überwachung und Dokumentation von Demonstrationen abgeschafft wird, zivile Beamte sich bei der Versammlungsleitung anmelden müssen und das Vermummungsverbot abgeschafft wird. Wir lehnen die Überwachung im öffentlichen Raum ab, diese schafft nicht mehr Sicherheit und führt zu gefährlichen Datenbergen.

Asyl- & Migrationspolitik

Wir setzen uns dafür ein, dass die Residenzpflicht abgeschafft wird und werden die Grundrechte auf alle Menschen ausweiten, die Verschleppung von Asylverfahren beenden, genau so wie wir die Abschiebehaft abschaffen werden. Außerdem werden wir die Bleiberechtsregelung so ändern, dass die deutsche Staatsangehörigkeit leichter erlangt werden kann.

Suchtpolitik

Wir werden in Berlin neue Lösungen einer pragmatischen Suchtpolitik etablieren und die Abstinenzpolitik in Drogenfragen abschaffen. Wir werden ein Drugchecking-Programm etablieren um Konsumenten zu schützen und Gesundheitsrisiken zu minimieren. Gleichzeitig werden wir aber auch den Schutz von Jugendlichen verbessern. Wir werden die Echstoffabgabe für Schwerstabhängige auch in Berlin einführen und das Konzept der „Hilfe durch Drogenkonsumräume“ weiter ausbauen. Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir mit bestehenden Netzwerken zusammenarbeiten.

Wirtschafts- & Sozialpolitik

Wir werden uns kurzfristig für einen bundesweiten Mindestlohn und mittelfristig für ein

Andre Trecksel
Berliner Kandidaten Foto: Ben de Biel



„Ich bin für ein bedingungsloses Grundeinkommen, weil es menschlicher, ehrlicher, effizienter und Ressourcen schonender ist, als das heutige Sozialsystem.“

Grundeinkommen einsetzen. Wir sind gegen eine Privatisierung von Infrastruktur wie Gas-, Wasser- oder Stromnetze, deshalb setzen wir uns auch für eine Rückabwicklung der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe ein. Wir wollen die freie Kulturszene unterstützen und ihr mehr Raum und Freiflächen widmen. Außerdem setzen wir uns für ein Ende der Zwangsmitgliedschaft in der IHK ein. Wir werden uns für einen schnelleren Ausstieg aus der Atomenergie, als von der Bundesregierung vorgesehen, einsetzen.

Christopher Lauer
Berliner Kandidaten Foto: Ben de Biel



„Die Demokratie, in der wir leben, muss nicht nur gelebt, sondern vor allem auch geschützt werden.“

Bürgerschaftliches Engagement

Wir wollen das freiwillige Engagement von Bürgern stärken und setzen uns für eine stärkere Würdigung dieses durch das Land Berlin ein. Wir wollen einen Ehrenamtag in den Berliner Schulen einführen und Netzwerke in diesem Bereich stärken.

Geschlechter- & Familienpolitik

Wir stehen für eine Politik der freien Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung. Wir werden die Erfassung des Merkmals „Geschlecht“ durch staatliche Behörden abschaffen und stehen für eine freie Wahl des Lebensstils, eine bloß historisch gewachsene Bevorzugung einzelner Lebensmodelle lehnen wir ab.

Staat & Religion

Wir wollen die weltanschauliche Neutralität des Staates herstellen und setzen uns für einen säkularen Staat ein. Wir lehnen die Privilegien für einzelne Religionsgemeinschaften ab und werden die Erfassung der Religionszugehörigkeit und den Einzug der Kirchensteuer durch den Staat abschaffen.

Kunst- & Kulturpolitik

Wir setzen uns für eine kulturelle Freizügigkeit Berlins ein und wollen den Stand von Kunst- und Kulturinitiativen stärken. Die Förderstruktur von Kunst und Kultur werden wir stabil halten und auch bei Wirtschaftskrisen nicht einseitig kürzen und so dafür sorgen, dass Kultureinrichtungen für die Bevölkerung zugänglich bleiben.

Das Wahlprogramm Berlin in ausführlicher Form findest du auf:
kaperbrief.org/wahlprogramm
kaperbrief.org/wp-audio



Aktuell: Berliner S-Bahn-Tisch

Anfang 2011 votierten in einem Volksentscheid 98,2% der abstimmenden Berliner dafür, die Verträge zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe offenzulegen. Durch diesen Erfolg angespornt, hat sich die Initiative Berliner S-Bahn-Tisch zur Vorbereitung eines Volksentscheides über die Verträge zwischen Senat und S-Bahn Berlin GmbH entschlossen. Berlin hat trotz erheblicher Zuschusszahlungen keinen direkten Einfluss auf die S-Bahn Berlin. Ohne eine solche Möglichkeit kann das Land seine Aufgabe, einen funktionierenden ÖPNV zu gewährleisten, nicht erfüllen. Dies hat die Dauerkrise der S-Bahn in den letzten Jahren gezeigt. Die Piraten fordern wie die Initiative Berliner S-Bahn-Tisch, sämtliche Verträge offen zu legen, die das Land Berlin betreffen. Es gilt, Vereinbarungen und Anweisungen innerhalb der Deutschen Bahn AG (dem Mutterunternehmen der S-Bahn Berlin) sowie alle Verträge mit dem Land Berlin lückenlos aufzuklären. Transparente und somit anfechtbare Verträge könnten die Grundlage dafür liefern, dass das Land Berlin in Zukunft mit zuverlässigen Partnern für einen reibungslosen Betrieb der S-Bahn sorgen kann. Unterstützt das Anliegen des S-Bahn-Tisches! Unterschriftenbögen zum Ausdrucken findet Ihr auf:

www.s-bahn-tisch.de

Meine Daten gehören mir

Datenschutz Personenbezogene Daten versprechen Macht und Profit – Gegenwehr tut Not

Sicher kennst Du Spam-Mails und fragst Dich des Öfteren, woher diese ominösen Absender wieder deine E-Mail-Adresse haben...

Was auf den ersten Blick nur ärgerlich ist, bildet jedoch nur die Spitze des Eisbergs, denn tatsächlich sammelt nicht nur die Privatwirtschaft, sondern auch Vater Staat Informationen von und über uns. Zu unterscheiden ist natürlich, ob wir unsere Daten freiwillig veröffentlichen, wie Viele es im Internet auf ihren Webseiten oder in sozialen Netzwerken tun – oder ob solche Daten ohne unser Wissen und unser Einverständnis erhoben und verbreitet werden. Allerdings fällt es nicht wenigen Nutzern schwer in sozialen Netzwerken, allen voran **Facebook**, die Übersicht und Kontrolle über ihre Daten zu behalten. Und dies ist durchaus beabsichtigt: So sind Informationen über die Speicherung von Daten tief in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen versteckt, da sie oftmals nicht den Ansprüchen deutscher Datenschutzrichtlinien genügen.

Ebenfalls schwer zu finden sind zumeist die Einstellungen für den Schutz der Privatsphäre, also welche anderen Nutzer auf die verschiedenen eigenen Angaben und Inhalte zugreifen können. Um hier die Auswahl zu haben, müssen sich Nutzer erst durch diverse Untermenüs klicken. Dies führt dazu, dass Viele dies gar nicht erst probieren oder schlicht daran scheitern. Verbrauchergerecht ist dies natürlich nicht: Klare und einfache Einstellungen über die Sichtbarkeit von persönlichen Informationen und über die Verwendung von personenbezogenen Daten sind mehr als überfällig!

Die Datenschutzskandale der letzten Jahre haben gezeigt, dass Sammlungen personenbezogener Daten deren Missbrauch anzieht. Je nach Art und Umfang der Informationen können etwa Bewegungs- oder Finanz-Profile erstellt werden und (reale) soziale Netzwerke sichtbar gemacht werden. Aus diesem Grunde lehnen die Piraten solche umfassenden und persistenten Datensammlungen grundsätzlich ab.

Andererseits werden Daten von Bürgern nicht nur beim Einwohnermeldeamt oder dem Finanzamt gespeichert, sondern bei jeder Kommunikation, die wir mit Ämtern führen – auch wenn die Speicherdauer dieser Daten je nach Zweck unterschiedlich ist und nicht dauerhaft sein soll. Bei der laufenden Volksbefragung **Zensus 2011** etwa werden nicht nur Befragungen durchgeführt, sondern zudem zahlreiche sensible Daten aus verschiedenen Quellen ohne unsere Einwilligung oder Benachrichtigung zusammengeführt. Die Daten von Meldeämtern und Behörden werden somit zweckentfremdet. Und wer zudem für Befragungen ausgewählt wird (z.B. alle Hausbesitzer), hat keine Möglichkeit sich dieser zu entziehen und riskiert bei Nichtbeantwortung der Erhebungsbögen Buß- und Zwangsgelder.

Darüber hinaus werden immer neue Datenkraken geschaffen. Dem Durchschnittsbürger sind diese zumeist gänzlich unbekannt. „Beindruckende“ aktuelle Exemplare sind etwa **INDECT** und **SWIFT**. Mit Erstem wird ein umfassendes europäisches Forschungsprojekt bezeichnet, „welches alle bestehenden Überwachungstechnologien zu einem universellen

Philipp Magalski
Berliner Kandidaten Foto: Ben de Briel



Philipp Magalski hat Sozialwissenschaften studiert. Er ist Pressesprecher des Landesverbands Berlin und kandidiert für das Abgeordnetenhaus

Überwachungsinstrument, einer erkenntnisgestützten, proaktiven Polizeiarbeit bündeln soll“. Und **SWIFT** ist ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und den USA über die automatische Übermittlung von Zahlungsverkehr-Daten an die USA, die damit der Finanzierung des Terrorismus auf die Spur kommen wollen.

Der Datensammelwut treten wir Piraten entschieden entgegen: Wir werden weiterhin kritisch beobachten, wie sich diese und andere Projekte, die zur Überwachung der Bevölkerung taugen, entwickeln, begründete Verfassungsbeschwerden unterstützen und, wo immer möglich, für den Datenschutz als Bürgerrecht eintreten!

ERFOLGREICHER DATENSCHUTZ

ACTA

Durch massiven Druck von Internet- und Bürgerrechtsaktivisten auf die EU wurde das multilaterale Abkommen zum Schutz des „Geistigen Eigentums“ ACTA entscheidend entschärft. Als Maßnahmen zur Ermittlung und Bestrafung von Urheberrechtsverstößen drohten Vorratsdatenspeicherung und Komplettsperre des Internetanschlusses. Da kaum jemand die komplexe und oftmals nicht abschließend geklärte Rechtslage kennt, wären potentiell fast alle Internetnutzer davon betroffen gewesen.

ELENA

Das Datenmonster der Bundesregierung zur Erfassung sämtlicher Personendaten von Arbeitnehmern wurde gerade erfolgreich zur Strecke gebracht! Die Piratenpartei kritisierte von Beginn an die mit enormen Aufwand für alle Arbeitgeber verbundene Umstellung auf das elektronische Meldeverfahren. Besonders pikant: Gespeichert werden sollten auch Angaben über Mitgliedschaften in Betriebsräten, Gewerkschaften und persönliche Gründe für Fehlzeiten wie Kinderbetreuung oder Pflegezeit.

Netzneutralität

... hat auch was mit Datenschutz zu tun! In den Niederlanden hat das Parlament jüngst die Netzneutralität für den Mobilfunk, also die Gleichbehandlung aller Internetanwendungen auf Datenebene, gesetzlich verankert. Provider-Verträge, die bestimmte Dienste ausklammern oder diskriminieren, sind ungültig. Damit entfällt auch eine mögliche Begründung zur Überwachung der übertragenen Daten.

Keine Experimente!

Nach dem Datenschutz...?

Ich gebe meinen Senf dazu von Julia Schramm

Und täglich grüßt der Datenskandal. Dabei spielt es kaum eine Rolle, ob nun die Datensicherheit betroffen ist oder der Datenschutz. Schließlich ist es für die Betroffenen reichlich irrelevant, ob Sony unfähig ist, seine Daten vor rachsüchtigen Hackern zu schützen, die Netzgemeinde die Teilnehmer eines Festivals auf einem hochauflösenden Bild markiert oder Google in seinem neuen Netzwerk Google+ die Teilnehmenden zwingen möchte, ihren Personalausweisen zu benutzen: Ihre Daten werden fremdbestimmt, den einfachen Benutzern wird die Kontrolle über ihre Daten genommen.

Der totale Kontrollverlust. Und während der Kontrollverlust in den Machtetagen dieser Welt vom Bürger begrüßt wird – man denke nur an Wiki-Leaks – ist der persönliche Kontrollverlust hochgradig unangenehm und ruft den wehklagenden Chor der Datenschützer auf den Plan. Denn was tun in einer Zeit, in der Datensätze nicht effektiv vor Zugriff geschützt werden können?

Im Jahr 2011 befinden wir uns am Vorabend einer Welt, in der die Technologie von 1984 zum Greifen nahe ist. Und den Anfang vom Ende erleben wir vermeintlich in den täglichen Angriffen auf die eigenen Daten und die Realität eines ausgehöhlten Datenschutz, der uns und unsere Privatsphäre freizulegen scheint. Denn wenn alle potentiell alles über uns erfahren können – und somit über mich – bedeutet das auch, dass mein Arbeitgeber mich jederzeit beim blau ma-

chen erwischen, meine politische Überzeugung und sexuelle Orientierung stalken und meine Freizeitmeinung auf Stammtischniveau digitalisiert präsentiert bekommen kann. Das Internet bedrohe unsere Freiheit, klagt es weh aus den (bloggernden) Feuilletons der Republik. Denn neben den potentiellen Problemen mit dem Arbeitgeber droht z.B. die Konditionierung unserer Lebenswirklichkeit unter Berücksichtigung des Krankenkassensatzes, ja die umfassende Manipulation von Körper und Geist.

Die Grundproblematik ist die strukturelle Unkontrollierbarkeit des Webs und die damit verbundene Vernetzung, die sich tief in die Gesellschaft eingräbt. Datensätze zusammenführen, strukturieren und in Kontext setzen wird täglich einfacher; Geheimnisse werden risikoreicher. Transparenz in den entscheidenden Schaltstellen der Welt hat für unsere bisherigen Vorstellungen von Privatsphäre keinen Platz. Doch wie reagieren? Die Uhren zurück drehen? Cloud Computing und Facebook verbieten? Staatliche Regulierung des Web 2.0? Gegen Windmühlen kämpfen, die bei jeder Berührung multifach Gegenenergie produzieren?

Privatsphäre ist die Sphäre meines Ich, die Sphäre in der ich mich frei entfalten können darf, in der ich mein Ich entwickeln kann, abseits von Zwang und Repression. Diese Sphäre gilt es im digitalen 21. Jahrhundert zu schützen. Datenschutz kann das nicht mehr leisten, ja

Julia Schramm
juliaschramm.de



Julia Schramm ist Politologin mit Blick auf die Promotion, Mitbegründerin der datenschutzkritischen Spackeria und Bloggerin

konnte es noch nie leisten, galt doch für die marginalisierten und armen Teile der Bevölkerung niemals der gleiche Datenschutz wie für die privilegierten. Die Daten(schutz)skandale offenbaren somit vor allem eins: Die realen gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Überhaupt spiegelt das Web die unbequemen Wahrheiten über das Bestehende wider. Doch spiegelt es sie eben nur und produziert sie nicht. Die zentrale Bedrohung meiner Person ohne Datenschutz betrifft die soziale Existenz meiner Person und die Unabhängigkeit meines Geistes in der analogen Welt. Datenschutz gilt immer noch als Ultima Ratio im Kampf dieser Spiegelung – bei gleichzeitiger Ignoranz gegenüber den wahren Problemen der Gesellschaft und zu Lasten einer freien Vernetzung und Kommunikation. Und so stellt sich die Frage: Weiter den Datenschutz als stumpfes Schwert gegen die unfairen gesellschaftlichen Verhältnisse hochhalten und die digitale Revolution gewaltsam entschleunigen oder die Beschleunigung der letzten Jahre als Anlass nehmen, entscheidende Reformen auf den Weg zu bringen. Krankenkasse für alle, ein Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe und eine Gesellschaft, in der Fehler verziehen werden, wären die zu artikulierenden Ziele.

Wir stehen an einem Scheidepunkt, der es uns gebietet inne zu halten: Drehen wir die technologische Entwicklung zurück oder streben wir eine Gesellschaft an, in der Datenschutz als Feigenblatt für die bestehenden Verhältnisse nicht länger notwendig ist?

DATENTRACKING - ÖL DES 21. JAHRHUNDERTS

Facebook

Nicht immer hat man hier selbst in der Hand, wieviel die Online-Welt über einen erfährt. Facebook kennt Dich vielleicht auch schon, wenn Du einen Bogen drum machst, aus den Email-Konten Deiner Freunde zum Beispiel. Letzter „Coup“ von Facebook war das Tagging von Personen auf Fotos – und dies auch geschickt getarnt als Authentifizierungstest, ohne den der Zugriff auf das eigene Konto verweigert wurde.

Google

Dass Google uns vielleicht besser kennt als jedes andere Unternehmen, sollte klar sein: Email-Verkehr, Texte&Tabellen, Maps, Youtube, RSS-Reader, Books und News liefern zusätzlich zur Websuche ein umfassendes Bild vom individuellen Nutzer. Mit einem Schönheitsfehler ist Google+ gestartet, denn Nutzer sollen sich ausschließlich mit ihrem Klarnamen anmelden. Da viele Heavy-User lieber unter (durchaus bekannten) Pseudonymen auftreten, hat dies zu einigem Unmut geführt.

Sei kritisch! Sei engagiert! Sei Pirat!

Mein WLAN ist dein WLAN

Freifunk Piraten bauen Freifunknetz aus – Rechtslage bremsst Gemeinsinn. Von Ralf Gerlich und Andreas Pittrich

Der Ausbau des Freifunknetzes in Berlin steht natürlich auf der Agenda der Piraten. Aber was ist Freifunk eigentlich?

Freifunk ist ein auf der WLAN-Technologie basierendes Netz, das unabhängig von staatlicher Kontrolle und Zensur, zeitlich unbegrenzt verfügbar ist. Freifunknetze können kostenfrei genutzt werden und ermöglichen daher auch denjenigen die Teilnahme am Netz, die weniger Geld in der Tasche haben.

Freifunknetze sind dezentral organisiert. Es gibt in der Regel keine zentrale Instanz, die das Netz kontrolliert, stattdessen verpflichtet sich jeder Teilnehmer die Daten der anderen unverändert und diskriminierungsfrei weiterzuleiten. Teilnehmer kann Jeder sein, der sich zu Hause oder in seinem Geschäft einen Router mit passender Software aufstellt. Sofern die Router nah genug beieinanderstehen, nehmen sie Kontakt zueinander auf und formen ein eigenständiges Netzwerk, in dem Daten getauscht werden oder der Zugang zum Internet verteilt werden kann. Jeder Teilnehmer kann seinen Router so einrichten, daß der heimische oder geschäftliche Internetzugang für alle offensteht. Man kann sich dann einfach per WLAN mit seinem Notebook oder Smartphone einwählen. Internet für alle.

Freifunknetze sind damit ein möglicher Weg

zu einem stadtweiten, für jeden frei zugänglichen WLAN. Der Clou dabei ist, dass nicht eine einzelne Firma das ganze Netz stemmen muss und kontrollieren kann, sondern dass Viele das selbst machen können. Die Stadt kann ihren Einwohnern dabei unter die Arme greifen, indem sie Dachflächen, Ampelanlagen o.ä. für Freifunkrouter zur Verfügung stellt oder gleich selbst Router mit aufstellt und damit das Freifunknetz Stück für Stück erweitert. Viele Mitglieder der Piratenpartei gehen dabei schon mit gutem Beispiel voran. Und damit sind wir nicht allein.

Am Anfang haben die Piraten neben ihrem Wohnumfeld vor allem die Orte mit Freifunk ausgerüstet, wo sie sich getroffen und gemeinsam gearbeitet haben. Inzwischen gehen wir auf Vereine und Cafébetreiber zu und versuchen, sie für die Idee zu gewinnen und sie mit Freifunkroutern zu versorgen.

Dabei stolpert man aber immer wieder über ein bestimmtes rechtliches Problem: Wer ist verantwortlich, wenn über den geteilten Internetzugang etwas Illegales geschieht? Viele Privatleute und Café- und Restaurantbetreiber schecken davor zurück, ihren Internetzugang über Freifunk mit anderen zu teilen, weil sie befürchten, für die Taten Dritter mit verantwortlich gemacht zu werden. Die Gefahr ist, dass

ich, wenn ich mein Netz mit anderen teile und irgend jemand meinen Altruismus missbraucht, selbst Angst haben muss, abgemahnt zu werden. Die Rechtslage ist noch immer unklar und es erwartet mich im schlimmsten Fall ein langer und teurer Rechtsstreit mit ungewissem Ausgang. Die Alternative ist, der Abmahnung nachzugeben, die Abmahngebühr zu zahlen und meinen Internetzugang nicht mehr zu teilen. Das heißt: Alle verlieren.

Deshalb ist es wichtig, dass endlich eine klare Rechtslage geschaffen wird, die denjenigen Sicherheit gibt, die ihren Internetzugang mit der Allgemeinheit teilen.

Es ist wie bei so vielen großen Projekten: Statt große Summen für umfangreiche Maßnahmen auszugeben, ist häufig schon viel damit getan, rechtliche Hürden aus dem Weg zu räumen, und Initiativen zu unterstützen, die die Bewohner der Stadt bereits angestoßen haben.

Freifunk benennt nämlich nicht nur eine Technologie, sondern zugleich eine Gemeinschaft, die sich aus vielen kleinen und großen, zum Teil lokalen Initiativen zusammensetzt, die gemeinsam das Projekt am Leben halten, Workshops und Vorträge anbieten und die Software weiterentwickeln und pflegen. Wenn wir Router aufstellen, dann sind wir das letzte Glied einer lange Kette.



Dieses Quadrat enthält einen zweidimensionalen **QR-Code** (**Q**uick **R**esponse), dessen Technik interessanterweise jeder verwenden darf, weil das Patentrecht von der Herstellerfirma nicht ausgeübt wird. Mit vielen Mobiltelefonen und Computern (PDAs) kann man diesen Code auslesen und sich auf eine Website leiten lassen, falls die entsprechende Information codiert wurde.

Dieser QR-Code enthält die Webadresse **www.kaperbrief.org/a06** und man wird von hier aus auf alle Links verwiesen, die in dieser Ausgabe des Kaperbriefs vorkommen.

Anzeige

Jung wirkender, aufstrebender Stadtstaat, arm aber sexy, sucht DICH, m/w, für ein revolutionäres Date! Wenn Du Demokratie und Freiheit liebst und Dir Datenschutz und Transparenz wichtig sind, bin ich ganz Dein. Triff mich am 18.09. in der Wahlkabine und zusammen erforschen wir aufregende politische Wege...

Dabei sein statt nur dagegen!

Misch dich ein und unterstütze die Piraten im Berliner Wahljahr 2011

Die Redaktion des Kaperbriefs freut sich über jede Hilfe. Die Piratenpartei verfügt nur über wenige Finanzmittel. Aktivitäten wie der Kaperbrief werden daher ausschließlich über Spenden möglich. Wir bitten deshalb um Spenden an die Piratenpartei Berlin:

Konto 1103713200
BLZ 43060967
GLS Gemeinschaftsbank
Als Verwendungszweck bitte angeben:
Spende Kaperbrief
Wichtig: Namen und Anschrift bitte für die Parteienfinanzierung angeben!

Die Redaktion freut sich übrigens nicht nur über E-Mails, sondern auch über physische Post.

Impressum

Kaperbrief – Piratenzeitung zu Berlin
ISSN: 2191-3056

Herausgeber:
Piratenpartei Deutschland, LV Berlin
Pflugstraße 9a, 10115 Berlin
Telefon: 030/60982288-0
Fax: 030/60982288-9

Internet: www.kaperbrief.org
Briefe an die Redaktion:
info@kaperbrief.org

Redaktion: Stefan Gerecke, Dietmar Strauch (V.i.S.d.P.), Kathi Woitas
Bildredaktion: Lisa Vanovitch

Druck: Henke Pressedruck, Berlin

Copyright:
Alle durch die Kaperbrief-Redaktion erstellten Inhalte werden unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 veröffentlicht (siehe <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>). Jeder darf unter den Bedingungen dieser Lizenz Beiträge vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Abbildungen und Fotos können unter einer abweichenden Lizenz stehen.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

MITGLIEDSANTRAG



An die
Piratenpartei Deutschland Berlin
Pflugstr. 9a

10115 Berlin

Fax: +49 (0)30 609 822 889

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Piratenpartei Deutschland Berlin.

Vorname	Name	Geburtsdatum
Anschrift		PLZ und Ort
E-mailadresse		

Mitglied in der Piratenpartei Deutschland Berlin kann jede Person werden, die das 16te Lebensjahr vollendet hat. Bei minderjährigen Antragstellern muss dieser Antrag von den Erziehungsberechtigten unterschrieben werden.

Staatsangehörigkeit

Der Mitgliedsbeitrag beträgt laut Bundessatzung 36,- € jährlich und ist zum 1.1. des Jahres im Voraus fällig. Im Beitrittsjahr wird er anteilig ab dem Beitrittsmonat berechnet und ist sofort fällig. Wenn Du mehr als 36,00 € im Jahr zahlen möchtest, dann trage im Feld Mitgliedsbeitrag den Betrag ein, den Du bereit bist zu zahlen. Du kannst Deinen Mitgliedsbeitrag vor jeder Fälligkeit durch schriftliche Erklärung anpassen. Sollte Dein Einkommen nicht ausreichen um 36,00 € im Jahr zu zahlen, trage einen Betrag im Feld Mitgliedsbeitrag ein, der Deinen finanziellen Möglichkeiten entspricht.

Mitgliedsbeitrag

Bitte bedenke bei der Wahl Deines Mitgliedsbeitrages auch, dass die Piratenpartei Deutschland laut PartG §18 für jeden Euro Mitgliedsbeitrag oder Spende (max. 3300,- €) ca. 1,- € aus der staatlichen Parteienfinanzierung dazu bekommt.

Du kannst 50 % der von Dir gezahlten Mitgliedsbeiträge und Spenden (max. 825,- €) laut EstG §34g von Deiner Einkommensteuer abziehen. Sollte im Laufe eines Jahres mehr zusammen kommen ist Dieser Betrag laut EstG §10b als Sonderausgabe vom zu versteuernden Einkommen abzugsfähig. Am Ende des Jahres wird allen Mitgliedern eine Zuwendungsbescheinigung für das Finanzamt zugesandt.

Mit meiner Unterschrift bestätige ich, dass ich die folgenden Information zur Kenntnis genommen habe:

Die Piratenpartei Deutschland speichert und verarbeitet die personenbezogenen Daten aus diesem Mitgliedsantrag in einem vom Bundesverband betriebenen zentralen Mitgliederverwaltungssystem sowie in dezentralen Systemen einzelner Gliederungen. Die Speicherung und Verarbeitung der Daten dient ausschließlich internen Zwecken der Partei, insbesondere der Kommunikation mit den Mitgliedern, der Abrechnung von Spenden und Mitgliedsbeiträgen, der Rechenschaftslegung im Sinne des Parteiengesetzes und der Überprüfung von Wahl- und Stimmberechtigungen in Sitzungen der Parteiorgane sowie der Teilnahmerechtigungen in von der Partei betriebenen IT-Systemen. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der Partei z.B. für Werbezwecke findet nicht statt.

Ort	Datum	Unterschrift des Antragstellers
Ort	Datum	Unterschrift des Erziehungsberechtigten

Als erste Anlaufstation für Neupiraten empfehlen wir das Squad counselor, eine Crew in Deiner Nähe und natürlich das Wiki. Willkommen an Bord, Pirat.

Oder gleich online anmelden: kaperbrief.org/mitgliedsantrag

GEWINNSPIEL

Für diese Ausgabe haben wir uns für euch etwas Besonderes überlegt ...

Wenn ihr die Antworten zu den neben stehenden Fragen kennt, könnt ihr piratige Preise gewinnen.



1X Fahrt durch Berlin auf der Spree mit dem **Piratenfloß**

5x **Goodie Bags** mit Buttons, Bandana, alle früheren Berliner Kaperbrief-Ausgaben, das Wahlprogramm als Hörbuch auf CD, ...



Um an dem Gewinnspiel teilzunehmen, könnt ihr diese Fragen online unter kaperbrief.org/gewinnspiel beantworten.

Offline-Leser können die Lösung auch an die Redaktion unter Angabe einer Kontaktadresse schicken:

Redaktion Kaperbrief
Wiciefstr. 16/17
10551 Berlin

Einsendeschluss ist der **1. September 2011**.
Der Rechtsweg ist wie immer ausgeschlossen. Viel Erfolg!

1.



Wie heißt der kostenlose WLAN-Internetzugang, an dessen Ausbau sich die Piraten beteiligen?

- (A) Freifunk
- (B) Piratennetz
- (C) Freenet

2.



Welches aktuelle Volksbegehren wird von der Piratenpartei unterstützt?

- (A) U-Bahn-Stuhl
- (B) S-Bahn-Tisch
- (C) Bushaltestelle

3.



Wie heißt das gescheiterte Datensammelprojekt der Bundesregierung?

- (A) JULIA
- (B) ZUSE
- (C) ELENA



Lass dich nicht veräppeln: Statt Politikverdrossenheit Piraten wählen!